

Seite: online

Visits (VpD): 5.242¹

Mediengattung: Online News

¹ von PMG gewichtet 09-2020

Newsticker November: Aktuelles aus der Prozessindustrie

Grüner Wasserstoff: Immer mehr Elektrolyseure in Deutschland geplant

Im ständig aktuellen Newsticker fasst die PROCESS-Redaktion das Geschehen in der Branche kompakt zusammen. Ob Chemie-, Pharma-, oder Lebensmittelindustrie, alle verfahrenstechnischen Themen werden ebenso wie politische und wirtschaftliche Nachrichten zur Prozessindustrie zusammengefasst sowie manche Kuriosität.

16.11.2023

Mainz/Alzey (dpa) *11:02 Uhr Pharmakonzern Eli Lilly plant Werk in Rheinland-Pfalz

Der US-Pharmakonzern Eli Lilly plant einen Bericht zufolge einen Produktionsstandort in Rheinland-Pfalz. Es solle eine einstellige Milliardensumme in ein neues Werk investiert werden, berichtete der zum Springer-Konzern gehörende «Business Insider» am Donnerstag. Details dazu sollen demnach am Freitag gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Berlin bekanntgegeben werden. Dem «Business Insider» zufolge will Eli Lilly in dem Werk ein neues Abnehmpräparat herstellen.

Im rheinhessischen Alzey ist am Freitag ein Termin mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt (FDP) angekündigt, bei dem es um eine anstehende Ansiedlung in einem erweiterten Industriegebiet geht. Kreisen aus der rheinland-pfälzischen Landesregierung zufolge wird es dabei um Eli Lilly gehen. Das Unternehmen selbst wollte sich am Donnerstag zunächst nicht dazu äußern.

15.11.2023

Essen (dpa) *16:15 Uhr Grüner Wasserstoff: Immer mehr Elektrolyseure in Deutschland geplant

In Deutschland werden immer mehr Elektrolyseure für grünen Wasserstoff geplant. Lag die bis 2030 insgesamt geplante Erzeugungsleistung im Februar noch bei 8,1 Gigawatt, ist sie bis August auf 8,7 Gigawatt gestiegen. Dies geht

aus der neuen Wasserstoffbilanz des Energiekonzerns Eon hervor, die am Mittwoch in Essen vorgestellt wurde. Demnach sind derzeit 33 Elektrolyseure mit einer installierten Leistung von 62 Megawatt in Betrieb. 2030 kommt die Analyse auf 111 Anlagen (Februar: 88) mit einer Gesamtleistung von 8712 Megawatt. Ob die geplanten Anlagen allerdings tatsächlich gebaut werden, ist offen.

Ziel der Bundesregierung ist, dass bis 2030 mindestens 10 Gigawatt Elektrolyseleistung in Deutschland installiert sind. Klimaneutral hergestellter Wasserstoff soll neben Grünstrom eine Schlüsselrolle beim Umbau der Wirtschaft hin zur Treibhausgas-Neutralität spielen. Grundlage der H₂-Bilanz sind Daten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI).

Um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen, gebe es verschiedene Instrumente, sagte der Geschäftsführer von Eon Hydrogen, Gabiél Clemens, und verwies auf eine entsprechende Studie des Beratungsunternehmens Frontier Economics. Clemens hob in diesem Zusammenhang die bereits diskutierte Möglichkeit einer sogenannten Grüngasquote hervor. Dabei würden Gasversorger verpflichtet, einen steigenden Anteil an klimaneutral hergestellten Gasen wie Wasserstoff oder Biomethan zu vertreiben. Für solch eine Quote spreche, dass sie ohne den Einsatz von direkten öffentlichen Mitteln umgesetzt werden könne, sagte der Manager. Sie ermögliche außerdem einen planbaren Hochlauf von grünen Gasen. Allerdings bestehe das Risiko, dass nicht ausreichend Wasserstoff zur

Verfügung stehe oder nur zu extrem hohen Preisen. Auch seien Mehrkosten zu erwarten, die die Kunden zu bezahlen hätten. «Und wenn diese Kunden anschließend im internationalen Wettbewerb stehen und dann unterstützt werden müssen, wären wir trotzdem über eine andere Schiene doch wieder bei der Notwendigkeit von Fördergeldern.»

Bad Soden (ots) *15:20 Uhr Messer schließt Übernahme von Joint-Venture Messer Industries ab GIC ist neuer strategischer Partner

Messer, ein Spezialist für Industrie-, Medizin- und Spezialgase in Privatbesitz, hat nach Erhalt verschiedener behördlicher Genehmigungen die Übernahme des Joint Ventures Messer Industries abgeschlossen. Mit der alleinigen Eigentümerschaft von Messer Industries könne das Unternehmen nun als eine global aufgestellte Gasgruppe wachsen.

Darüber hinaus wird GIC, ein globaler institutioneller Investor, nun langfristiger Minderheitsaktionär. GIC sei ein erfahrener Partner von Familienunternehmen auf der ganzen Welt und unterstütze die Strategie für nachhaltiges, profitables Wachstum. Mit der Übernahme von Messer Industries endet die Zusammenarbeit zwischen Messer und CVC Capital Partners bei dem bisherigen Joint Venture, das die Gesellschaften in Nord- und Südamerika sowie Westeuropa umfasste.

Messer sieht weltweit große Chancen in allen seinen Geschäftsfeldern. Das Unternehmen strebt eine stärkere Diversifizierung des Angebots mit Fokus auf besonders vielversprechende Sektoren oder durch Partnerschaften im Zuge der

grünen Energiewende an. Die Firma erwartet deutliche Steigerungen von Umsatz und Ergebnis und habe das Potenzial, sein Geschäftsvolumen bis zum Ende des Jahrzehnts in etwa zu verdoppeln.

Grünwald (dpa) *08:33 Uhr Dermapharm wächst dank Tochter Arkopharma und Nahrungsergänzungen

Beim Arzneimittelhersteller Dermapharm floriert auch nach neun Monaten das Geschäft. Das Unternehmen profitierte in den ersten drei Quartalen von der Tochter Arkopharma und einer gestiegenen Nachfrage nach Nahrungsergänzungsmitteln und pflanzlichen Extrakten. Damit konnte der Konzern die auslaufende Impfstoffproduktion für Biontech abfedern. Nach Konzernangaben vom Mittwoch stieg der Umsatz von Januar bis September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18 Prozent auf knapp 867 Millionen Euro.

Weil zwei Bereiche des Konzerns mit einem rückläufigen Verdienst kämpfen, kletterte das Ergebnis vor Steuern, Zinsen, Abschreibungen und Sondereffekten (bereinigtes Ebitda) vergleichsweise leicht um knapp zwei Prozent auf rund 244 Millionen Euro.

14.11.2023

Tübingen (dpa/lsw) *15:12 Uhr Curevac schreibt weiter Verluste Arbeit an Krebsimpfstoff

Das Tübinger Biotech-Unternehmen Curevac hat weiter mit seinem Fehlschlag beim Corona-Impfstoff zu kämpfen. Der operative Verlust belief sich in den ersten neun Monaten des Jahres auf 186,2 Millionen Euro, wie das Unternehmen am Dienstag in Tübingen mitteilte. Im Vorjahreszeitraum hatte das Minus 127,9 Millionen Euro betragen. «Das operative Ergebnis wurde von mehreren wesentlichen Faktoren beeinflusst, die hauptsächlich mit dem Abschluss unserer Bemühungen um einen Impfstoff der ersten Generation für Covid-19 zusammenhängen», erklärte das Unternehmen. Ein Nettoergebnis wurde nicht mitgeteilt.

Der Umsatz lag laut Mitteilung bis zum 30. September bei 31,2 Millionen Euro. Im gleichen Zeitraum vergangenen Jahres waren es noch 55,7 Millionen Euro. Das Unternehmen geht davon aus, in den nächsten Jahren ein erstes Produkt auf den Markt bringen zu können.

Curevac galt im Zuge der Corona-Pandemie zunächst als einer der Hoffnungs-

träger bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen das Virus. Das Unternehmen hatte seinen ersten Impfstoffkandidaten gegen Corona aber wegen vergleichsweise geringer Wirksamkeit aus dem Zulassungsverfahren zurückgezogen. Mit seinem britischen Partner Glaxo Smith Kline (GSK) arbeitet Curevac an der Entwicklung eines neuen Corona-Vakzins der zweiten Generation.

Aktuell konzentriert sich das Biotechunternehmen auch weiter auf die Entwicklung eines mRNA-basierten Krebsimpfstoffs. Eine klinische Phase-1-Studie dazu sei im Zeitplan, teilte das Unternehmen mit. Eine erste Datenauswertung werde in der zweiten Jahreshälfte 2024 erwartet. «Krebs wird kein Todesurteil mehr sein», hatte Curevac-Chef Alexander Zehnder Anfang des Monats der «Bild» gesagt. Das Ziel sei, frühestens bis zum Jahr 2028 die Krebsimpfung auf den Markt zu bringen.

Frankfurt/Main (dpa) *10:40 Uhr Chemieindustrie tritt auf der Stelle keine Trendwende erkennbar

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland hat auch im dritten Quartal unter einer schwächelnden Nachfrage gelitten. «Die deutsche Chemieindustrie tritt auf der Stelle und die Hoffnungen auf eine Besserung zum Jahresende schwinden», sagte VCI-Präsident Markus Steilemann am Dienstag laut einer Mitteilung. Hohe Energie- und Rohstoffpreise und der Auftragsmangel belasteten die Geschäfte weiterhin. Die Unternehmen aus der Branche seien deshalb gezwungen, auf die Kostenbremse zu treten sei es durch die Schließung von Produktionsanlagen, die Aufgabe einzelner Geschäftsfelder oder die Verlagerung von Investitionen ins Ausland.

Das Strompreispaket der Bundesregierung werde nicht ausreichen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf ein neues Level zu heben, sagte Steilemann. Nach monatelangem Ringen hat sich die Bundesregierung auf einen verbilligten Strompreis für die Wirtschaft verständigt. Die Preisdämpfung soll nicht nur der Industrie, sondern auch dem Mittelstand zugutekommen. Allein im nächsten Jahr soll es Entlastungen von bis zu zwölf Milliarden Euro geben. Die geplante Senkung soll zunächst für die Jahre 2024 und 2025 gesetzlich geregelt werden, ist aber insgesamt für fünf Jahre vorgesehen.

Derweil lagen die Umsätze in den drei

Monaten bis Ende September 13,8 Prozent unter dem Vergleichswert aus dem Vorjahr, während die Produktion um 6,1 Prozent absackte. Die Chemie- und Pharmaproduktion sei aber erstmals seit sechs Quartalen gegenüber dem Vorquartal nicht weiter gesunken, hieß es. Die Talsohle scheint erreicht, zumal sich der Auftragseingang stabilisierte. Eine Trendwende sei dies aber noch nicht. Für das Gesamtjahr rechnet der VCI weiterhin mit einem Produktionsrückgang von acht Prozent. Bei rückläufigen Preisen werde der Jahresumsatz voraussichtlich um 14 Prozent sinken.

13.11.2023

Wiesbaden (dpa/lhe) *13:57 Uhr Hessische Chemiebranche bildet mehr aus

Die hessische Chemie- und Pharmabranche bildet mehr junge Leute aus. Die Betriebe steigerten ihr Angebot an Ausbildungsplätzen in diesem Jahr um gut 16 Prozent auf 1694, teilten der Arbeitgeberverband Hessen Chemie und die Gewerkschaft IG BCE am Montag in Wiesbaden mit. Der Wert sei der höchste seit Inkrafttreten des Ausbildungstarifvertrages vor genau 20 Jahren, sagte Jürgen Funk, Geschäftsführer für den Bereich Bildung beim Arbeitgeberverband.

Die Unternehmen reagierten auf die demografische Entwicklung und den Fachkräftemangel, hieß es. In den nächsten Jahren gingen viele Beschäftigte in den Ruhestand. Zugleich werde es immer schwieriger, Fachkräfte zu finden. So seien zum Stichtag 1. September rund 11 Prozent der Ausbildungsplätze in der Chemie unbesetzt geblieben. Grund sei auch die Corona-Krise: In der Pandemie habe es an vielen Schulen keine Berufsorientierung gegeben, und Angebote wie Praktika, Ausbildungsmessen und Tage der offenen Tür seien ausgefallen.

Mit Blick auf das Ausbildungsjahr 2024 halten sich manche Firmen noch zurück. 73 Prozent planten, ihr Ausbildungsplatzangebot konstant zu halten und 15 Prozent, es zu steigern. Dagegen rechneten zwölf Prozent mit einem geringeren Angebot, wohl auch wegen der schwierigen Branchenkonjunktur, teilten der Verband und die IG BCE mit.

11.11.2023

Schönebeck (dpa/sa) *12:47 Uhr Protestkundgebung bei Chemieunternehmen Schirm in Schönebeck

Im Tarifstreit mit dem Chemieunternehmen Schirm hat die Gewerkschaft

IGBCE der Geschäftsführung eine «Verweigerungshaltung» vorgeworfen. Am Samstag rief die Gewerkschaft zu einer Protestkundgebung vor dem Hauptstandort in Schönebeck (Sachsen-Anhalt) auf. Das Unternehmen äußerte sich auf Anfrage zunächst nicht zu den Tarifverhandlungen.

Das Unternehmen Schirm ist laut IGBCE ein Produktionsdienstleister und Lohnfertiger für die chemische und verwandte Industrien und beschäftigt deutschlandweit den Angaben zufolge etwa 800 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der Entgelte auf 90 Prozent des Flächentarifvertrags der chemischen Industrie und der Ausbildungsvergütungen auf 100 Prozent, eine dynamische Koppelung an den Flächentarifvertrag sowie eine Inflationsprämie von 3000 Euro für IGBCE-Mitglieder.

Ludwigshafen (dpa/lrs) *03:35 Uhr Als BASF den Anilin-Dollar druckte Notgeld vor 100 Jahren

Als Erinnerung an eine schwere Krisenzeit in Deutschland liegt er heute im Unternehmensarchiv der BASF: der sogenannte Anilin-Dollar. Vor 100 Jahren, im November 1923, hatte das Ludwigshafener Unternehmen die Notgeldwährung eingeführt. Für einige Wochen wurde der Anilin-Dollar zu einem anerkannten und beliebten Zahlungsmittel in der Pfalz. Im Unternehmensarchiv liegen auch noch verschiedene Notgeldmünzen. Über den Verbleib der meisten Scheine gibt es dem Konzern zufolge keine gesicherten Erkenntnisse. BASF wurde 1865 als Badische Anilin- & Soda-Fabrik gegründet. Anilin ist eine ölige Substanz, die zur Herstellung von Farben und Kunstfasern verwendet wird.

Rückblick: Zum Ende des Ersten Weltkriegs war Deutschland hoch verschuldet, eine extrem hohe Inflation belastete die Menschen. Die Regierung erlaubte Unternehmen, Notgeld herzustellen, um Löhne auszuzahlen und den Handel aufrechtzuerhalten. Die BASF-Spenglerei begann, Rohlinge aus Zinkblech herzustellen. Vom 1. Januar 1918 bis 6. Juni 1919 gab das Unternehmen 64.290 Mark an ihre Mitarbeiter aus. Als Sicherheit musste die Direktion bei der Bayerischen Staatsbank 165.000 Mark in preußischen Schatzanweisungen hinterlegen.

Ende 1921 wurde das Notgeld eingezogen, aber die Probleme blieben. 1922 war der Mangel an Papiergeld so fortge-

schritten, dass BASF bei den Banken nicht genug staatliche Zahlungsmittel zusammenbringen konnte, um Löhne und Gehälter auszuzahlen. Dem Unternehmen wurde erlaubt, eigene Tausendmarkscheine im Wert von 300 Millionen Mark zu drucken. Teilweise musste man bereits im Umlauf befindliches Notgeld in der Werksdruckerei immer wieder mit höheren Werten überdrucken.

Ein Jahr lang konnten so Lohn und Gehalt sichergestellt werden, bis auch die an die Reichskreditgesellschaft überschriebenen Sicherheiten rapide an Wert verloren. Um ihre Mitarbeiter vor der Inflation zu schützen, führte BASF im September 1923 - rückwirkend zum 1. August - die sogenannte Grundmark ein, die schließlich im November 1923 von einer neuen Notgeldwährung abgelöst wurde: dem Anilin-Dollar.

Hierfür hinterlegte BASF holländische Gulden im Wert von einer Million US-Dollar als Sicherheit - daher der Spitzname Anilin-Dollar. Diese Notgeldwährungen stellte die eigene Werksdruckerei her. Erst zum 27. November 1923 führte die Weimarer Republik die sogenannte Rentenmark ein und beendete damit die Inflation in Deutschland. Wie viele Anilin-Dollar insgesamt gedruckt wurden, lässt sich der BASF zufolge nach 100 Jahren nicht mehr verlässlich angeben.

10.11.2023

Schwerin (dpa/mv) *15:34 Uhr Grüne fordern Ausstieg aus «blauem» Wasserstoff bis 2035

Die Produktion und Nutzung von sogenanntem blauem Wasserstoff in Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Ansicht der Grünen-Landtagsfraktion bis 2035 enden. Das geht aus einem Antrag hervor, den die Fraktion am Freitag in den Landtag in Schwerin einbrachte. Die Grünen begründeten dies auch mit Klimaschutzaspekten. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) lehnte die Forderung der Oppositionsfraktion ab. Es seien keine Verbote nötig.

Von «blauem» Wasserstoff spricht man, wenn das bei der Herstellung aus fossilen Energieträgern anfallende Kohlendioxid aufgefangen und unterirdisch gespeichert wird, etwa in früheren Gas- und Öllagerstätten. Als «grün» wird Wasserstoff bezeichnet, der per Elektrolyse aus Wasser mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Bei der Herstellung von «grünem» Wasserstoff

entsteht kein Kohlendioxid als schädliches Treibhausgas.

Bundes- und Landesregierung sehen in «grünem» Wasserstoff einen Energieträger der Zukunft. Er soll Erdgas, Erdöl und Kohle bei der Erzeugung von Wärme und Strom ersetzen, den Ausstoß klimaschädlicher Gase verhindern helfen und Import-Abhängigkeiten verringern. Der großtechnische Einsatz von Wasserstoff stößt bislang noch an technische Grenzen. Unter anderem im Rahmen der Projektgemeinschaft Norddeutsches Reallabor laufen aber bereits gemeinsame Projekte der Nord-Länder, die Zukunftstechnologie voranzubringen.

Wittenberg (dpa/sa) *15:29 Uhr SKW Stickstoffwerke kritisieren Strompreispläne der Regierung

Nach dem Mittelstand in Sachsen-Anhalt kommt Kritik an den Strompreisplänen der Bundesregierung auch aus der energieintensiven Industrie. Das am Donnerstag angekündigte Entlastungspaket der Bundesregierung habe keine signifikante Entlastungswirkung, teilten die SKW Stickstoffwerke Piesteritz mit.

«Die Vorschläge der Bundesregierung bleiben nicht nur hinter allen Erwartungen zurück, sie sind schlichtweg eine Enttäuschung», sagte ein Sprecher des Unternehmens. Es handele sich lediglich um eine Sicherung des aktuellen Status. Für den Erhalt der energieintensiven Grundstoffchemie seien sehr kurzfristig wirksame Entlastungen bei den Stromkosten, aber auch bei den Gaskosten notwendig.

Die Stickstoffwerke in Piesteritz sind einer der größten deutschen Produzenten von Düngemitteln und dem Kraftstoffzusatz Adblue. Auch der Mittelstandsverband hatte kritisiert, dass viele mittelständische Unternehmen nicht groß von den Plänen profitieren würden.

Brunsbüttel (dpa/Ino) *12:57 Uhr Feuer auf Chemietanker im Nord-Ostsee-Kanal Keine Umweltschäden

Auf einem Chemietanker hat es am Donnerstagabend auf dem Nord-Ostsee-Kanal ein Feuer gegeben. Wie ein Feuerwehrsprecher am Freitag auf Nachfrage bestätigte, war auf der «Thun Gothenburg» im Bereich des Schornsteins aus ungeklärter Ursache ein Brand entstanden.

Das Schiff, das sich in der Schleuse Brunsbüttel (Kreis Dithmarschen) befand, wurde evakuiert und der Brand gelöscht. Das Schiff war ohne Ladung unterwegs. Eine Umweltbeeinträchtigung

gung habe es nicht gegeben, teilte der Feuerwehrsprecher weiter mit.

Schwerin (dpa/mv) *11:30 Uhr Erster Spatenstich für umstrittene Chemiefabrik in Schwerin

Der Bau der umstrittenen Chemiefabrik des Unternehmens Vink Chemicals aus Kakenstorf (Niedersachsen) in Schwerin hat begonnen. Am Freitag wurde der erste Spatenstich vollzogen, wie das Unternehmen mitteilte. Noch gibt es keine Genehmigung für die Fabrik, in der unter anderem Desinfektionsmittel produziert werden sollen. Gebaut wird den Angaben zufolge auf der Basis eines Bescheids zum vorzeitigen Baubeginn.

«Die geplante Investitionssumme lag bei ungefähr 34 Millionen Euro, wobei eine Förderung von 6,7 Millionen Euro zugesagt wurde», erläuterte der Geschäftsführer der Vink Chemicals Produktionsgesellschaft, Stephan Lauer. Allerdings habe sich die Investition im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerungen deutlich erhöht. Betriebsbeginn soll in Schwerin demnach Mitte 2026 sein. «Bis dahin werden 45 Arbeitsplätze in den Bereichen Produktion, Verwaltung, Lager und Labor geschaffen.»

Gegen das Vorhaben von Vink Chemicals gibt es Vorbehalte neben der Umweltorganisation BUND hat unter anderem auch das benachbarte Werk des Lebensmittelkonzerns Nestlé Einwände bei der Genehmigungsbehörde vorgebracht. Die Kritiker haben Sorgen vor Umweltverschmutzungen bei einem möglichen Störfall. Lauer versicherte: «Wir halten alle gesetzlichen Regelungen und Vorgaben ein.» Die Entscheidung über die Genehmigung treffe die zuständige Behörde.

Der BUND hatte Widerspruch gegen die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns für die Chemiefabrik eingelegt. Die Entscheidung sei vom zuständigen Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt noch nicht getroffen worden, sagte ein Sprecher des Umweltministeriums in Schwerin. Er betonte zugleich, das Unternehmen baue auf eigenes Risiko vor der eigentlichen Genehmigung. Sollte die Anlage nicht genehmigt werden, müsse das Unternehmen alles wieder zurückbauen.

Schwerins Oberbürgermeister Rico Badenschier (SPD) steht dem Vorhaben positiv gegenüber. «Schwerin begrüßt diese Wirtschaftsansiedlung, die eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts bedeutet», sagte er. Die Pandemie und

Lieferkettenprobleme hätten gezeigt, dass es zielführend sei, Produktionskapazitäten in Deutschland auf- und auszubauen.

Der Industriepark Schwerin sei als Industriegebiet ausgewiesen, so Badenschier. Der Bau eines Werkes zur Herstellung chemischer Produkte sei dort möglich, wenn die entsprechenden Genehmigungen vorliegen. Im Zuge des weiteren Genehmigungsverfahrens müssten jetzt noch «einige offene Fragen» geklärt werden. «Die Landeshauptstadt geht davon aus, dass dabei die hohen Anforderungen an eine chemische Produktion in Deutschland vollständig erfüllt werden können.»

Wiesbaden (dpa) *09:04 Uhr Energieverbrauch der Industrie 2022 gesunken Die deutsche Industrie hat ihren Energieverbrauch wegen stark gestiegener Preise infolge des Ukraine-Krieges deutlich verringert. 3562 Petajoule Energie im Jahr 2022 waren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 9,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. «Der deutliche Rückgang beim Energieverbrauch ist vor allem auf hohe Energiepreise zurückzuführen», ordneten die Wiesbadener Statistiker am Freitag ein. Energieintensive Industriezweige führen die Produktion im Jahr 2022 herunter.

Mit Abstand wichtigster Energieträger der deutschen Industrie war trotz eines Rückgangs um 17,3 Prozent binnen Jahresfrist Erdgas. 28 Prozent des Energieverbrauchs entfielen darauf im Jahr 2022. Strom hatte 21 Prozent Anteil, Mineralöle und Mineralölprodukte kamen auf 18 Prozent, auf Kohle entfielen 15 Prozent. 11 Prozent der gesamten Energiemenge wurden dem Bundesamt zufolge nicht energetisch eingesetzt, sondern für die Herstellung etwa von Chemikalien, Düngemitteln oder Kunststoffen.

Größter Verbraucher unter den Industriezweigen in Deutschland war im Jahr 2022 erneut die Chemische Industrie mit einem Anteil von 28,2 Prozent am Gesamtenergieverbrauch. Gut ein Drittel (33,8 Prozent) der Energieträger wurde in dieser Branche als Ausgangsstoff für chemische Produkte eingesetzt.

09.11.2023

Mainz/Berlin (dpa/lrs) *16:55 Uhr Wirtschaft gehen die Pläne für Strompreissenkung nicht weit genug

Der rheinland-pfälzischen Wirtschaft gehen die Pläne der Bundesregierung für eine Absenkung des Strompreises

nicht weit genug. «Es ist zunächst eine gute Nachricht, dass sich die Bundesregierung nun endlich darauf verständigen konnte, die Wirtschaft durch eine Stromsteuersenkung auf das europäische Mindestmaß zu entlasten», sagte der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU), Karsten Tacke, am Donnerstag in Mainz.

«Klar ist aber auch, dass der rheinland-pfälzische Industriestandort überdurchschnittlich energieintensiv ist und deshalb auf deutliche Entlastungen angewiesen ist.» Ob das Maßnahmenpaket insgesamt dazu geeignet ist, den Standort in der Fläche zu sichern, werde sich daher erst noch zeigen. «Ich erwarte deshalb von der Bundesregierung, dass sie die Wirksamkeit der Maßnahmen genau beobachtet und, falls nötig, das Thema wieder auf die Agenda setzt.»

Ähnlich äußerte sich der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Rheinland-Pfalz: Die Senkung der Stromsteuer sei ein Befreiungsschlag für Industrie und produzierendes Gewerbe, erklärte Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Das sei auch eine vernünftiger Lösung als ein Industriestrompreis für einen kleineren begrenzten Empfängerkreis. «Allerdings hätten wir uns noch mehr Konsequenz und Mut gewünscht, die Senkung der Stromsteuer für alle Kundinnen und Kunden umzusetzen.»

Wünschenswert wäre auch eine dauerhaft tragfähige Reform der Steuern und Abgaben auf Energie generell, erklärte Liebing. Gerade die Mehrwertsteuer für Gas- und Wärmelieferungen sollte bis Ende März nächsten Jahres bei sieben Prozent gesenkt bleiben, damit auch private Verbraucherinnen und Verbraucher profitierten.

Die Bundesregierung will den Strompreis für die Wirtschaft durch eine Steuerreform drücken. Geplant ist nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur unter anderem eine deutliche Senkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe und eine Ausweitung der bisherigen Strompreiskompensation für Konzerne, die besonders unter hohen Strompreisen leiden.

Die geplante Senkung der Stromsteuer soll zunächst für die Jahre 2024 und 2025 gesetzlich geregelt werden. «Es besteht Einigkeit, dass die Absenkung weitere drei Jahre gelten soll, sofern für die Jahre 2026 bis 2028 eine Gegenfinanzierung im Bundeshaushalt dargestellt werden kann», teilte die Bundesre-

gierung in Berlin mit.

London (dpa) *16:49 Uhr Shell verklagt Greenpeace wegen Protests auf Ölplattform

Weil sich eine Gruppe von Greenpeace-Aktivisten auf See Zugang zu einer fahrenden Ölplattform verschaffte, hat der Ölkonzern Shell die Umweltschutzorganisation auf Schadenersatz verklagt. Wie Greenpeace am Donnerstag mitteilte, beläuft sich die geforderte Summe auf umgerechnet rund acht Millionen Euro.

Shell teilte auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit, man habe das Recht, die durch den Protest entstanden erheblichen Kosten einzufordern, äußerte sich aber nicht zu der geforderten Summe. Einem Bericht des britischen Nachrichtensenders Sky News zufolge soll sich die Forderung, die am Londoner High Court geltend gemacht werden soll, auf 1,7 Millionen Pfund (1,95 Mio Euro) belaufen. Weitere 5,3 Millionen Pfund werden demnach von einem US-amerikanischen Öl- und Gasunternehmen verlangt.

Bei der Protestaktion im Januar hatten sich mehrere Aktivisten in kleinen Booten einer fahrenden Ölplattform genähert und diese bestiegen. Der Vorfall spielte sich Berichten zufolge in der Nähe der Kanarischen Inseln ab. Die Aktivisten blieben demnach an Bord der Plattform, bis sie ihr Ziel in Norwegen erreichte.

Greenpeace bezeichnete Shells Vorgehen als «Einschüchterungsklage» und warf dem Konzern vor, legitimen Protest unterdrücken zu wollen. Man werde sich dem aber nicht beugen. Shells Pläne, «nach neuen klimaschädlichen fossilen Brennstoffen zu bohren, bedeutet eine Katastrophe für das Leben, die Wohnungen und Arbeitsplätze von Menschen», hieß es in einem Greenpeace-Post auf X (vormals Twitter), verbunden mit einem Spendenaufruf.

Das Unternehmen teilte mit, man respektiere das Demonstrationsrecht, es müsse aber sicher und gesetzeskonform ausgeübt werden. «Ein sich bewegendes Schiff von 72.000 Tonnen auf See zu besteigen, war rechtswidrig und extrem gefährlich», hieß es in einer Mitteilung. Man wolle mit der Klage die erheblichen Kosten reinholen, die Shell und seinen Vertragspartnern etwa durch Sicherheitsmaßnahmen entstanden seien.

08.11.2023

Holzwickede (dpa/lnw) *16:59 Uhr

Chemie-Transporter verunglückt auf A1 Stundenlange Staus

Nach einem Gefahrgutunfall hat es auf der Autobahn 1 bei Dortmund einen großen Rettungseinsatz und eine stundenlange Vollsperrung gegeben. Feuerwehrleute waren am Mittwoch in luftdichten Schutzanzügen rund um den Chemie-Lastwagen im Einsatz.

Zunächst war unklar, welche Gefahr von dem mit Natriumhydrogensulfid beladenen Fahrzeug ausging. Die Bergung sollte sich nach Einschätzung der Polizei bis in die Nacht zum Donnerstag ziehen. Rund um die Unfallstelle standen Autofahrer teils mehrere Stunden lang im Stau.

Der 50-jährige Fahrer des Gefahrguttransporters hatte nach ersten Ermittlungen der Polizei zwischen Schwerte und dem Kreuz Dortmund/Unna ein Stauende übersehen. Bei einem Ausweichversuch stürzte der Lastwagen auf die linke Seite. Der Fahrer sei schwer verletzt worden, eine 37 Jahre alte Autofahrerin leicht, sagte ein Polizeisprecher. Die gefährliche Chemikalie müsse aufwendig aus dem umgestürzten Lastwagen abgepumpt werden, sagte ein Feuerwehrsprecher. Es seien aber keine gefährlichen Stoffe in die Umwelt gelangt.

Schwarzheide (dpa/bb) *14:11 Uhr BASF und Vodafone errichten in Schwarzheide lokales 5G-Netz

Der Chemiekonzern BASF erweitert seinem Standort Schwarzheide (Oberspreewald-Lausitz) um eine digitale Mobilfunk-Infrastruktur. Bis Ende 2024 soll dort ein standortweites 5G-Campusnetz errichtet werden. Am Mittwoch fiel der Startschuss für den Ausbau des bereits bestehenden 5G-Testfeldes. BASF kooperiert bei diesem Projekt mit Vodafone und investiert einen einstelligen Millionenbetrag. Das Netz agiert unabhängig vom öffentlichen Mobilfunknetz und bringt damit den Angaben nach extra schnellen Mobilfunk gezielt in Unternehmens- und Produktionsstandorte.

Insgesamt sechs Antennenmasten werden errichtet, um das gesamte Werksgelände mit der 5G-Technologie zu versorgen. Einen Nutzen verspricht sich das Unternehmen nach eigenen Angaben vor allem für die Überwachung und Instandhaltung der Produktionsanlagen und die Optimierung der Produktionsprozesse. Beim lokalen 5G-Netz kommunizierten Sensoren, Maschinen, Roboter und Drohnen künftig in Echtzeit miteinander, erläuterte Alexander

Saul, Geschäftsführer Firmenkunden bei Vodafone Deutschland. «Damit wird der Lausitzer BASF-Standort zum Vorreiter in Europas Prozessindustrie.»

Zudem spart das Netz mit 5G bis zu 20 Prozent Strom, es kann bis zu einer Million Gegenstände und Smartphones pro Quadratkilometer vernetzen - das ist zehnmal mehr als bei bisherigen Technologien, wie es weiter hieß. Für die Akteure ist 5G damit eine Schlüsseltechnologie für neue Automatisierungsanwendungen, den Einsatz von Robotern und Drohnen sowie die Digitalisierung von Produktionsanlagen.

«Mit dem Ausbau des 5G-Campusnetzes gehen wir den nächsten wichtigen Schritt in der Digitalisierung unseres Standortes», erklärte Jürgen Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung der BASF Schwarzheide. Das 5G-Campusnetz erhöhe die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, stärke die Region in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und mache sie für Fachkräfte attraktiver.

Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) verwies zum Start auf die Unterstützung seines Ressorts für 5G-Anwendungsprojekte in Brandenburg, die jetzt Früchte trage. So würden mit Partnern wie BASF und Vodafone digitale Infrastrukturen geschaffen, um künftig moderne Werkzeuge wie Künstliche Intelligenz einsetzen zu können. Seit Januar 2022 wurden auf einem 5G-Testfeld auf dem Werksgelände Anwendungsfälle erprobt etwa die Installation kabelloser Sensoren, 5G Kameraanwendungen oder die Bereitstellung mobiler IT-Anbindungen.

Leverkusen (dpa) *11:41 Uhr Bayer-Zerschlagung steht weiter im Raum Details zu Umbau bis März

Bei Bayer soll voraussichtlich bis März feststehen, wie der Konzern umgebaut wird. Im Raum steht nach wie vor auch eine Zerschlagung. Im Zuge der Vorlage der Quartalszahlen hieß es am Mittwoch, Bayer befasse sich weiter mit verschiedenen Optionen, etwa mit einer Abtrennung der Sparte für freiverkäufliche Medikamente, darunter Aspirin, beziehungsweise des Agrarbereiches. Dieser macht etwa die Hälfte des Konzerngeschäfts aus.

Was es nicht geben werde, sei eine gleichzeitige Aufspaltung in drei Teile, sagte Konzernchef Bill Anderson laut Mitteilung. Eine Dreiteilung würde einen zweistufigen Prozess erfordern. Eine komplette Zerlegung ist damit nicht vom Tisch.

Einige Investoren fordern schon länger

eine Aufspaltung Bayers, da sie die rechtlichen Probleme in den USA rund um den Unkrautvernichter Glyphosat als Belastung sehen und die Einzelteile für wertvoller als den Konzern als Ganzes halten.

Bayer machte Aktionären am Mittwoch nach einem bisher schwierigen Jahr 2023 wenig Hoffnung auf eine deutliche Besserung. Die Wachstumsaussichten blieben eher schwach. Im dritten Quartal bekamen die Leverkusener abermals rückläufige Preise für Glyphosat zu spüren. Der Umsatz sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um etwas mehr als acht Prozent auf 10,3 Milliarden Euro. Auch Währungseffekte belasteten.

Der bereinigte Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) brach um fast ein Drittel auf 1,7 Milliarden Euro ein und damit stärker als von Experten erwartet. Unter dem Strich stand ein Verlust von 4,57 Milliarden Euro auch wegen erneuter Wertminderungen im Agrargeschäft. Vor einem Jahr strich Bayer einen Gewinn von 546 Millionen Euro ein.

07.11.2023

Berlin (dpa) *10:56 Uhr Habeck stellt rasche Lösung für billigen Strom in Aussicht

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat eine zügige Lösung für günstigeren Strom in der Industrie in Aussicht gestellt. Lange zu debattieren statt zu entscheiden, schaffe Unsicherheit, sagte der Grünen-Politiker am Dienstag beim Maschinenbautag des Branchenverbands VDMA. «Das wissen wir, dass wir da einen Job zu tun haben, und der wird auch hoffentlich dann bald getan werden.» Er sei nach den Bund-Länder-Beratungen von Montagnacht zuversichtlicher als zuvor, da sie bewiesen hätten, dass man sich bei schwierigen Themen zusammenraufen und einigen könne.

Grundsätzlich gelte, dass wettbewerbsfähige Preise aus dem Markt heraus entstehen müssten, betonte der Wirtschaftsminister. Die Lage der energieintensiven Betriebe sei aber nicht selbst gewählt, sondern «im gewissen Sinne politisch hergestellt worden». «Und es kann ja nun auch nicht sein, dass Putin darüber entscheidet, welche Chemieindustrie wir in Deutschland haben», betonte Habeck. Für diese besondere Situation habe er den Industriestrompreis vorgeschlagen.

VDMA-Präsident Karl Haeusgen hatte

diesen staatlich gesteuerten Preis zuvor als strukturkonservatives und überdimensioniertes Subventionsprojekt kritisiert. Die Maschinenbauer fordern stattdessen eine Steuerreform zur Entlastung von Unternehmen.

Essen (dpa) *07:32 Uhr Schwache Nachfrage lastet weiter auf Evonik Ausblick bestätigt

Die träge Weltwirtschaft hat dem Chemiekonzern Evonik auch im dritten Quartal zu schaffen gemacht. Der Umsatz fiel in den drei Monaten bis Ende September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 23 Prozent auf 3,77 Milliarden Euro, wie der Konzern am Dienstag in Essen mitteilte. Als um Sondereffekte bereinigter Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) blieben 485 Millionen Euro übrig und damit zwar etwas mehr als im Vorquartal, aber 21 Prozent weniger als vor einem Jahr.

Während der Umsatz die mittlere Analystenschätzung deutlich verfehlt, liegt das operative Ergebnis auch dank Sparmaßnahmen darüber. Den im Sommer gesenkten Jahresausblick bestätigte Evonik-Chef Christian Kullmann.

«Die konjunkturelle Erholung lässt weltweit auf sich warten», sagte Kullmann. «Daher konzentrieren wir uns auf die Hebel, die wir selbst in der Hand haben.» Unter dem Strich fiel dennoch ein Verlust von 96 Millionen Euro an nach plus 214 Millionen vor einem Jahr. Hier spielte neben der tristen Geschäftsentwicklung auch eine Wertberichtigung im Geschäft mit Superabsorbentmaterialien eine Rolle.

06.11.2023

Ludwigshafen (dpa/lrs) *17:30 Uhr Gewerkschaft IG BCE demonstriert für Brückenstrompreis

Mit einer Kundgebung in Ludwigshafen wollen die Gewerkschaft IG BCE und Beschäftigte der Chemieindustrie für einen auf Zeit gedeckelten Strompreis für die Branche Druck machen. Zur Veranstaltung am Dienstag werden am Stammsitz des BASF-Konzerns den Angaben zufolge mehr als 3000 Teilnehmer erwartet. Als Redner sind unter anderem IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis sowie der BASF-Betriebsratsvorsitzende Sinischa Horvat und ein Vertreter der Landesregierung in Mainz angekündigt.

Die IG BCE fordert einen bis 2030 befristeten Preisdeckel für Strom. Sie hat sich dazu in einer sogenannten Allianz pro Brückenstrompreis mit DGB, IG

Metall und Branchenverbänden zusammengeschlossen. Die IG BCE ist nach eigenen Angaben mit mehr als 580.000 Mitgliedern die zweitgrößte Industriergewerkschaft Deutschlands.

Berlin (dpa/bb) *13:20 Uhr Gericht verhandelt über Kaufvorhaben für Shell-Anteil an PCK

Das Verwaltungsgericht Berlin verhandelt an diesem Dienstag über den Kauf von Geschäftsanteilen an der Ölraffinerie PCK Schwedt im Nordosten Brandenburgs. Die österreichische Alcmene klagt gegen das Bundeswirtschaftsministerium und sieht sich nach einem fehlgeschlagenen Geschäft für den Erwerb des Shell-Anteils an der Raffinerie von 37,5 Prozent weiter am Zug.

Der Einstieg in die PCK war 2021 nicht zustande gekommen, weil der PCK-Mehrheitsgesellschafter Rosneft, Tochter des russischen Staatsunternehmens Rosneft, ein Vorkaufsrecht ausgeübt hatte. In Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Jahr 2022 war dies jedoch hinfällig. Der Bund übernahm mit einer Treuhandverwaltung die Kontrolle über den PCK-Mehrheitsseigner Rosneft Deutschland, um unabhängig von russischem Öl zu werden.

Zum Verfahren am Verwaltungsgericht wollten sich die Beteiligten vor der Verhandlung nicht äußern. Der Streitfall ist komplex: Alcmene hatte im Sommer 2021 eine Kaufvereinbarung mit Shell geschlossen. Das Vorhaben war laut Gericht zum Zweck der Investitionsprüfung beim Bundeswirtschaftsministerium angemeldet worden, doch Rosneft wollte dann per Vorverkaufsrecht die Anteile selbst erwerben. Alcmene habe das Investitionsprüfverfahren daher für gegenstandslos erklärt, nach Beginn des Ukraine-Krieges das Geschäft aber erneut zur Freigabe angemeldet, teilte das Verwaltungsgericht mit. Shell habe den Vertrag mit Alcmene dann gekündigt. Die Österreicher leiteten deshalb ein Schiedsgerichtsverfahren ein. Das Bundeswirtschaftsministerium sah laut Gericht im Herbst 2022 keine Grundlage mehr, einen Verkauf von PCK-Anteilen an Alcmene zu prüfen, das Geschäft ist damit nicht freigegeben. Dagegen erhob das österreichische Unternehmen Klage.

Die Wirtschaftskanzlei, die Alcmene vertritt, wollte bislang keine Stellung nehmen. Die Alcmene gehört zur estnischen Liwathon Gruppe, die sich nach eigenen Angaben mit dem Erwerb von Energieinfrastrukturanlagen beschäftigt.

Rosneft Deutschland, die unter Treuhandverwaltung des Bundes steht, hält einen Mehrheitsanteil von 54 Prozent an der Raffinerie in Schwedt. Shell gehören 37,5 Prozent und Eni 8 Prozent.

Mainz (dpa) *12:45 Uhr Biontech erwartet weniger Umsatz mit Corona-Impfstoff

Das Impfstoffhersteller Biontech hat seine Prognose für Erlöse mit Covid-19-Impfstoff für das Gesamtjahr 2023 reduziert. Das Mainzer Unternehmen erwartet nun noch Umsätze in Höhe von rund vier Milliarden Euro, wie es am Montag mitteilte. Zuvor war Biontech von etwa fünf Milliarden Euro ausgegangen.

Im dritten Quartal stand unter dem Strich ein Nettogewinn von 160,6 Millionen Euro und damit wieder ein Plus nach einem Verlust von 190,4 Millionen im Vorquartal. Der Umsatz belief sich im dritten Quartal auf 895,3 Millionen Euro. Nichtsdestotrotz liegen Gewinne und Erlöse deutlich unter den Werten aus dem Vorjahr: Im dritten Quartal 2022 hatte Biontech noch einen satten Gewinn von 1,78 Milliarden Euro eingefahren sowie Umsätze in Höhe von 3,46 Milliarden Euro.

Biontech selbst sprach von einem positiven Ergebnis. Es sei gelungen, dem branchenweiten Trend im Covid-19-Arzneimittelmarkt zu trotzen.

Der Biontech-Partner Pfizer etwa war wegen der weggebrochenen Nachfrage nach Covid-Medikamenten im vergangenen Quartal in die roten Zahlen gerutscht und hatte einen Milliardenbetrag auf seine Lagerbestände abschreiben müssen.

Köln (dpa) *12:37 Uhr Lanxess kappt Gewinnerwartungen und will Dividende kürzen

Der Spezialchemiekonzern Lanxess wird noch stärker von der Branchenfalte erfasst als bisher. Das Management peilt wegen einer schwächer ausfallenden Nachfrage im vierten Quartal nur noch ein Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Sondereinflüssen (Ebitda) von 500 Millionen bis 550 Millionen Euro an, wie Lanxess am Montag in Köln mitteilte. Bisher hatte der Vorstand 600 Millionen bis 650 Millionen Euro auf dem Zettel.

Ein beginnender Lagerabbau bei Kunden der Agrarindustrie sowie eine lieferantenbedingte Produktionseinschränkung belasteten neben der schwachen Nachfrage zusätzlich, hieß es. Lanxess will die Dividende für das laufende Jahr von 1,05 Euro auf 0,10 Euro je Aktie kürzen, um trotz der schwachen

Geschäfte beim Schuldenabbau voranzukommen.

Darmstadt (dpa) *09:26 Uhr Merck verordnet Chemiesparte Sparprogramm Stellenabbau droht

Beim Darmstädter Chemie- und Pharmakonzern Merck droht ein Stellenabbau. Die Chemiesparte («Electronics») soll die Kosten um bis zu 90 Millionen Euro senken, wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (Montag) unter Berufung auf eine interne Nachricht an die Belegschaft berichtet.

«Wir versuchen, die Auswirkungen auf die Mitarbeiter so gering wie möglich zu halten, können aber auch Anpassungen beim Personal nicht ausschließen», sagte ein Sprecher des Unternehmens am Montag. «Gespräche mit dem Betriebsrat und Arbeitnehmervertretern wurden aufgenommen, um über die wirtschaftliche Situation zu informieren und dann in einem weiteren Schritt über konkrete notwendige Maßnahmen zu sprechen.» Betriebsbedingte Kündigungen sind durch eine Beschäftigungsgarantie bis Ende 2025 ausgeschlossen.

Der Sprecher betonte, der Bereich Electronics sei «strategisch gut aufgestellt, um die mittel- und langfristigen Wachstumschancen in seinen Märkten zu nutzen». Allerdings befinde sich die Elektronikindustrie derzeit «in einem zyklischen Abschwung, der länger andauert, als die Branche zuvor angenommen hatte».

Merck betreibt neben dem Medikamentengeschäft eine Chemiesparte, in der Materialien für die Elektronikindustrie im Mittelpunkt stehen, weswegen sie inzwischen in «Electronics» umbenannt ist. Die Sparte stellt unter anderem Halbleitermaterialien für elektronische Geräte und Flüssigkristalle für Bildschirme her.

03.11.2023

Karlsruhe (dpa/lsw) *14:52 Uhr Etwa sieben Kilometer langer Ölfilm auf dem Rhein in Karlsruhe

Passanten haben am Freitag in Karlsruhe einen etwa sieben Kilometer langen Ölfilm auf dem Rhein entdeckt. Nach ersten Erkenntnissen sei die bislang unbekannte, mineralöhlhaltige Flüssigkeit im Bereich der Mündung des Stadthafens ins Wasser gelangt. Die Verunreinigung erstreckte sich bis zum Ölhafen Karlsruhe, wie ein Polizeisprecher sagte.

Ein Polizeihubschrauber stieg auf, um sich von der Verunreinigung ein Bild aus der Luft zu verschaffen. Die Ursa-

che des Ölfilms war am frühen Nachmittag noch unklar. Eine Gefährdung der Umwelt bestand nicht. Erste entnommene Wasserproben hätten laut des Sprechers keine alarmierenden Werte hervorgebracht.

02.11.2023

Worms (dpa/lrs) *17:46 Uhr Großbrand bei Chemieunternehmen Bevölkerung gewarnt

In Worms ist auf dem Firmengelände eines Chemieunternehmens ein Großbrand ausgebrochen. Anwohner seien vorsichtshalber gewarnt worden, das Gebiet zu meiden sowie Fenster und Türen geschlossen zu halten, teilte ein Sprecher der Polizei in Worms am Donnerstag mit. Noch sei unklar, ob giftige Stoffe ausgetreten seien. Entsprechende Messungen liefen. Zwischenzeitlich sei wegen des Brandes eine große, dunkle Rauchwolke über der Stadt zu sehen gewesen, sagte er.

Die Löscharbeiten seien noch in vollem Gange, sagte eine Sprecherin der Stadt am frühen Abend. Die Feuerwehr Worms sei mit allen Kräften im Einsatz. Zudem seien Kräfte aus der Nachbarschaft alarmiert und teils bereits vor Ort: aus Ludwigshafen, Speyer, dem Kreis Alzey-Worms und von der Bergstraße. Die Zahl der Einsatzkräfte schätzte sie auf rund 150. Bisher gebe es keine Kenntnisse über Verletzte. Die Firma stellt Plexiglas und Komponenten her.

Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt (ots) *11:37 Uhr Drei Veranstaltungen zur individuellen Karriereberatung in der chemisch-pharmazeutischen Industrie
Ob Zahnpasta am Morgen, extraflache Handydisplays oder energiesparende Autoreifen: Die chemisch-pharmazeutische Industrie begleitet unseren Alltag und bietet gleichzeitig vielfältige Einstiegsmöglichkeiten in interessante Berufe auch für Studienzweifler und Quereinsteiger.

Über 300 Unternehmen aus Chemie & Pharma, Kunststoffverarbeitung, Medizintechnik sowie industrienahen Dienstleistungsunternehmen sind im Arbeitgeberverband Hessen Chemie organisiert und beschäftigen insgesamt über 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Aufgrund der demografischen Entwicklung haben alle Unternehmen das gleiche Problem: Viele Beschäftigte werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten. Dadurch wird es notwendig, Mitarbeitende zu gewinnen, die die chemisch-pharmazeutische Indu-

strie als potenziellen Arbeitgeber bisher nicht in Betracht gezogen haben. Hierzu zählen zum Beispiel junge Menschen, die mit ihrem Studium unzufrieden sind oder Personen mit Berufsabschluss, die sich neu orientieren wollen.

Für diese Zielgruppen bietet der Arbeitgeberverband Hessen Chemie jetzt in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und 13 Mitglieds-unternehmen zeitgleich drei Informationsveranstaltungen zur individuellen Karriereplanung an. Interessierte können ungezwungen und persönlich mit Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen ins Gespräch kommen und direkt einen Schnuppertag vereinbaren. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

East Rutherford, N.J. (ots/PRNewswire) *11:13 Uhr Cambrex gibt Verkauf des Geschäftsbereichs für Arzneimittelprodukte bekannt Cambrex, ein Unternehmen im Bereich Contract Development and Manufacturing Organization (CDMO), schloss heute den Verkauf seines Geschäftsbereichs für Arzneimittelprodukte an Noramco mit Sitz in Wilmington, Delaware (USA) ab. Das Arzneimittelproduktgeschäft von Cambrex bietet Produktentwicklung, klinische und kommerzielle Herstellung und Verpackung in Einrichtungen in Mirabel, Québec (Kanada) und Whippany, New Jersey (USA).

Cambrex erweiterte vor kurzem sein Portfolio an Speziallösungen für die pharmazeutische Entwicklung und Herstellung durch die Übernahme von Snapdragon Chemistry, das sich auf die Forschung und Entwicklung von API-Batch- und kontinuierlichen Fließprozessen spezialisiert hat. Kürzlich übernahm Cambrex auch Q1 Scientific, einen spezialisierten Anbieter ausgelagerter Stabilitätslagerungsservices einschließlich thermischer Zyklen, Notfallschutz, Probenverwaltung, Photostabilität und Ultra-Tiefkühlagerung. Q1 Scientific mit Sitz in Irland dehnte seine Geschäftstätigkeit vor Kurzem nach Belgien aus.

London (dpa) *09:21 Uhr Shell verdient mehr und kündigt weitere Aktienrückkäufe an

Der Öl- und Gasmulti Shell hat im dritten Quartal von höheren Raffineriemargen und gestiegenen Ölpreisen profi-

tiert. Der Überschuss habe sich im Vergleich zum zweiten Quartal mit gut sieben Milliarden Dollar (6,6 Mrd Euro) mehr als verdoppelt, teilte der Konzern am Donnerstag in London mit. Ein Jahr zuvor hatte der Konzern 6,7 Milliarden Dollar verdient.

Der Umsatz legte in den drei Monaten bis Ende September im Vergleich zum Vorquartal um 2,4 Prozent auf knapp 76,4 Milliarden Dollar zu, sank in Relation zum Vorjahreszeitraum aber deutlich. Damals hatte Russlands Krieg gegen die Ukraine die Ölpreise noch stark in die Höhe getrieben.

Der um Sondereffekte bereinigte Gewinn stieg in den drei Monaten bis Ende September im Vergleich zum zweiten Jahresviertel um knapp 23 Prozent auf 6,2 Milliarden Dollar. Damit traf der Konzern die Erwartungen der Experten. Das Unternehmen kündigte zudem weitere Aktienrückkäufe an.

Aßlar (dpa) *08:13 Uhr Pfeiffer Vacuum hebt Umsatzausblick nach überraschend gutem Quartal

Der Vakuumpumpenhersteller Pfeiffer Vacuum hat nach überraschend guten Geschäften im dritten Quartal seine Aussichten für den Gesamtjahreserlös angehoben. So soll nun ein Rekordumsatz von rund 950 Millionen Euro erzielt werden, wie das im SDax notierte Unternehmen am Donnerstag im hessischen Aßlar mitteilte. Bisher stand das Niveau aus dem Vorjahr von rund 917 Millionen Euro im Plan von Chef-in Britta Giesen.

Mit dem neuen Ziel liegt Pfeiffer über den Erwartungen von Analysten. «Unser Umsatz blieb im bisherigen Jahresverlauf stark, auch wenn die Nachfragebedingungen immer schwieriger werden», sagte Giesen. Bei der Profitabilität geht der Vorstand weiter von einer operativen Marge (Ebit) von rund zwölf Prozent aus.

Im dritten Quartal zog der Erlös um 5,7 Prozent auf 241,1 Millionen Euro an. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern ging wegen höherer Investitionen um 10,6 Prozent auf 30,3 Millionen Euro zurück. Das Nettoergebnis fiel um 13,3 Prozent auf 20,8 Millionen Euro.

01.11.2023

San Diego (dpa) *04:06 Uhr Dritte Glyphosat-Niederlage für Bayer in den

USA in Folge

Bayer hat die dritte Niederlage in Folge bei US-Rechtsstreits um Krebs-Vorwürfe zu glyphosathaltigen Unkrautvernichtern einstecken müssen. Geschworene in einem Gericht des Bundesstaates Kalifornien in San Diego sprachen einem 57-Jährigen am Dienstag (Ortszeit) insgesamt 332 Millionen Dollar (314 Mio Euro) Schadenersatz zu. Bayer teilte mit, der Konzern sei überzeugt, starke Argumente zu haben, um sich in einem Berufungsverfahren durchzusetzen.

Bayer hatte vor den nun drei verlorenen Prozessen neun US-Verfahren für sich entschieden. Erst am Montag kündigte der Konzern an, die beiden vorherigen Niederlagen anfechten zu wollen.

Bayer betont zudem, weiter von der Sicherheit von Glyphosat überzeugt zu sein. Im Verfahren in San Diego wurden 7 Millionen Dollar als Schadenersatz zugesprochen und weitere 325 Millionen Dollar als Strafschadenersatz. Bayer nannte das Urteil unbegründet und den Schadenersatz-Betrag verfassungswidrig. Zudem habe es in dem Verfahren rechtliche Fehler gegeben. Geschworene sprechen in den USA Klägern oft hohe Summen zu, die Richter nicht selten später senken.

Die Probleme rund um den glyphosathaltigen Unkrautvernichter Roundup hatte Bayer sich 2018 mit der über 60 Milliarden Dollar teuren Monsanto-Übernahme ins Haus geholt. Im gleichen Jahr folgte ein erstes Urteil gegen den Dax-Konzern, das in den USA eine Klagewelle in Gang setzte. 2020 dann hatte Bayer ein milliardenschweres Programm aufgelegt, um den Großteil der Klagen - ohne Haftungseingeständnis - beizulegen.

Einen Großteil der Klagen hat Bayer bereits abgearbeitet. Im Frühjahr hieß es im Zuge der Vorlage der Geschäftszahlen für 2022, dass von inzwischen insgesamt circa 154 000 angemeldeten Ansprüchen rund 109.000 verglichen worden seien oder die Vergleichskriterien nicht erfüllten. Zudem kann Bayer per Stand Ende 2022 auf ein Polster von 6,4 Milliarden Dollar bauen, die der Konzern für Vergleiche bestehender und künftiger Glyphosat-Klagen zurückgestellt hat.



Abbildung: PROCESS hält Sie ständig auf dem Laufenden. gemeinfrei
Abbildung: gemeinfrei
Abbildung: PROCESS hält Sie ständig auf dem Laufenden. gemeinfrei
Wörter: 6657